

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt**

**17-04593**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderungsantrag zur Vorlage 17-04533, Resolution zur Nutzung des interkommunalen Gewerbegebietes BS-SZ:**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.05.2017

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

16.05.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt möge folgenden Änderungstext beschließen:  
bisherige Vorlage

"[...] Der Rat beauftragt die Verwaltung der Stadt Braunschweig daher, sämtliche rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um eine solche Ansiedlung zu verhindern[...]"

unsere Änderung:

"[...] Der Rat beauftragt die Verwaltung der Stadt Braunschweig daher, sämtliche rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten **zu nennen**[...]"

Sachverhalt:

Ein pauschaler Auftrag an die Verwaltung, alle möglichen rechtlichen Optionen auszuschöpfen, entspricht weder der Informations-, noch der Sorgfaltspflicht der Ratsmitglieder. Über die tatsächlichen Möglichkeiten sollte der Rat im Vorfeld in Kenntnis gesetzt werden, um eine konkrete Beschußgrundlage zu erhalten.

**Anlagen:** keine